

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Roland Claus, Dr. Barbara Höll, Klaus Ernst, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Dr. Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katja Kipping, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Elke Reinke, Dr. Ilja Seifert, Volker Schneider (Saarbrücken), Frank Spieth, Dr. Kirsten Tackmann, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- Drucksache 16/10454 -**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

18 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit gibt es noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Nach Ansicht der Bundesregierung dauert die Angleichung der Lebensverhältnisse sogar noch mindestens 11 Jahre. Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich wieder, denn das Wirtschaftswachstum ist im Gegensatz zum Vorjahr in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland. Auch die Arbeitslosigkeit ist im Osten unverändert mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Obwohl die Angleichung der Lebensverhältnisse stagniert und so noch Jahrzehnte dauern wird, gehen die Aufbau-Ost-Mittel unwiederbringlich zurück. Zwar stellt die Bundesregierung fest, dass strukturschwache Regionen im Westen nur vereinzelt auftreten, im Osten jedoch großflächig vorherrschen, aber sie zieht nicht die dringend erforderlichen Konsequenzen daraus. Die Bundesregierung hat keine Strategie, wie der Osten trotz sinkender Wirtschaftskraft und zurückgehender Solidarpaktmittel weiter gefördert werden soll. Schon jetzt ist Ostdeutschland von vielen gesamtdeutschen Problemen überproportional betroffen, beispielsweise von Armut, Niedriglöhnen, Abwanderung und unterfinanzierten Kommunal- und Länderhaushalten. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Ost und West vertieft die innerdeutsche Spaltung. Dabei kann Ostdeutschland in vielen Bereichen gesamtdeutsches Vorbild sein, wie beispielsweise bei der Betreuung von Kindern. Doch viele Leistungen des Ostens werden bisher noch zu wenig wertgeschätzt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, doch die Bundesregierung überlässt den Osten sich selbst.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse den Osten in den Blick zu nehmen und schnellstmöglich

- den Rentenwert Ost an das West-Niveau anzugleichen,
- analog dem französischen Beispiel einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,71 Euro einzuführen,

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

- das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro anzuheben,
- die Absenkung der Solidarpaktmittel zu verlangsamen,
- eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland und strukturschwache Regionen im Westen einzuführen, die alle Vorhaben einem TÜV unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht,
- das ostdeutsche Bildungs- und Betreuungsniveau für noch nicht schulpflichtige Kinder auf ganz Deutschland auszudehnen, damit alle Bundesländer von den guten Errungenschaften des Ostens profitieren können,
- die industriellen Chancen Ostdeutschlands, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, systematisch zu unterstützen,
- auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel ostdeutscher Unternehmen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit mit passfähigen Arbeitsmarktinitiativen zu reagieren.

Berlin, den 11. November 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung*